

Resilienz- und Aufbauplan (RRF)

Vorschläge der Armutskonferenz

Die Armutskonferenz ist seit 1995 als Netzwerk von über 40 sozialen Organisationen, sowie Bildungs- und Forschungseinrichtungen aktiv. Sie thematisiert Hintergründe und Ursachen, Daten und Fakten, Strategien und Maßnahmen gegen Armut und soziale Ausgrenzung in Österreich. Gemeinsam mit Armutsbetroffenen engagiert sie sich für eine Verbesserung deren Lebenssituation. Die in der Armutskonferenz zusammengeschlossenen sozialen Organisationen beraten, unterstützen und begleiten über 500.000 Menschen im Jahr.

1. Welche der sechs Bereiche sollte Österreich unter Berücksichtigung der von der EU-Kommission formulierten Leitlinien für Investitionen und Reformen vorrangig berücksichtigen?

Diese Stellungnahme zur Konsultation des nationalen Aufbau- und Resilienzplanes bezieht sich auf folgende Leitlinien: a) ökologischer Wandel, b) digitaler Wandel, d) sozialer und territorialer Zusammenhalt, e) Gesundheit und wirtschaftliche, soziale und institutionelle Resilienz, auch im Hinblick auf die Erhöhung der Krisenvorsorge und Krisenreaktionsfähigkeit, f) Maßnahmen für die nächste Generation, Kinder und Jugendliche, einschließlich Bildung und Kompetenzen. Unterstützt wird die Leitlinie der „Strategie für nachhaltiges Wachstum 2021: Reskill und Upskill (digitale Kompetenzen und allgemeine und berufliche Bildung).

Die Stellungnahme bezieht sich auf folgende länderspezifischen Empfehlungen: CSR1 2019 und 2020, CSR2 2019 und 2020.

Die Leitlinien a), b), d), e) und f) sind miteinander verflochten und müssen zusammengedacht werden. Gesundheit und Bildung stehen beispielsweise in engem Verhältnis zueinander. Sozialer Zusammenhalt bedingt den Zugang zu Bildungs- und/oder Gesundheitseinrichtungen und beide Themenbereiche haben Auswirkungen auf die zukünftigen Generationen.

a) Ökologischer Wandel

Ökologischen Wandel in der aktiven Arbeitsmarktpolitik gestalten

Im Bereich öffentlicher Dienstleistungen und green jobs können Beschäftigungs- und Weiterbildungsplätze geschaffen werden, die gleichzeitig sozial und ökologisch nachhaltig sind. Die Corona-Joboffensive, die Aus- und Weiterbildung in Zukunftsbranchen fördert, ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung, sollte aber ausgebaut und dauerhaft ermöglicht werden. Gleichzeitig braucht es geförderte Beschäftigung in der Kreislaufwirtschaft und Care-Arbeit zur Sicherung regionaler Infrastruktur. Menschen mit niedriger formaler Bildung, Migrant*innen oder auch Langzeitbeschäftigungslose sollten explizit von diesen politischen Maßnahmen angesprochen werden.

Konkrete Vorschläge:

- **Weiterer Ausbau der SÖBs in der Kreislaufwirtschaft + nachhaltige Finanzierung auch nach 2022**
- **Pilotregionen zur Bekämpfung von Langzeitbeschäftigungslosigkeit (Vorbild Gramatneusiedl)**
- **Ausbau/Aufbau von Sozialen Unternehmen im Bereich Pflege (nach dem Vorbild von Visitas)**
- **Aufbau von Arbeitsstiftungen mit Schwerpunkt Umwelt, Energie, Pflege, ...**
- **Erweiterter Arbeitsmarkt für Langzeit-Arbeitssuchende. besonders für ältere und auch kranke Arbeitslose wichtig. Arbeit, die wir brauchen, auch in den Regionen #Mobilität #Einsamkeit #Soziales**

Energiearmut

Energiearmut wird als Kombination von geringem Einkommen, mangelnder Energieeffizienz und steigenden Energiepreisen definiert. Einkommensschwache sitzen in der Energiearmutsfalle, da das untere Einkommensfünftel kein Kapital hat, um notwendige Investitionen zu tätigen. Es ist wichtig, Betroffene beim Umstieg auf nachhaltige und auf Dauer günstigere Energieformen sowie bei Maßnahmen für einen geringen Energieverbrauch und leistbaren öffentlichen Verkehr zu unterstützen.

Hier kann auch mit **Gutscheinen für Geräte- oder Heizungstausch** gearbeitet werden.

Hitzetote

766 Hitzetote letztes Jahr – besonders betroffen sind ältere Menschen und Bewohner*innen von Vierteln mit geringem Durchschnittseinkommen.

> **Maßnahmen:** Grünraum in der Stadt verbessert das Klima im Grätzl, zeigt gesundheitlich positive Auswirkungen, bietet Bewegungsraum für Jung und Alt, begünstigt als Sozialraum das Gespräch und die Begegnung. Wichtige Schritte sind strategische Maßnahmen auf der Ebene von **Flächenwidmungen, Raumplanung und Wohnbau**. Die Anlage von Straßenbegleitgrün, grüne Wandelemente, Fassaden- und Dachbegrünung, Entsiegelung und Regenwassermanagement oder auch Freilegung von verrohrten Gewässern sind ebenfalls wichtige Maßnahmen. Weiters ist der Ausbau öffentlicher Verkehrsmittel hilfreich Hitzespots zu entschärfen. Baulich sind Maßnahmen notwendig wie zum Beispiel **Außenjalousien montieren, Wärmedämmungen anbringen, Fassaden- und Hofbegrünung**.

Mobilitätsarmut

Bei mangelndem öffentlichem Verkehrsangebot sind Personen, die über kein Auto verfügen, in ihrer Mobilität stark eingeschränkt. Klimaverträgliche Mobilitätsangebote verringern bestehende Mobilitätsarmut und erhöhen die individuelle Freiheit in der Verkehrsmittelwahl.

Während Haushalte mit geringem Einkommen überdurchschnittlich stark von den Abgasen und Lärm des Verkehrs betroffen sind, fahren sie selber deutlich seltener mit dem Auto. In Österreich

haben 44 Prozent des unteren Einkommensviertels kein Auto, während im wohlhabendsten Einkommensviertel nur neun Prozent der Haushalte autofrei sind. Sind verschiedene Einrichtungen nur mit dem Pkw erreichbar, sind insbesondere Kinder, Jugendliche und ältere Menschen von Mitfahrgelegenheiten abhängig, um diese Einrichtungen nutzen zu können.

> **Maßnahme: Ökobonus an Privathaushalte muss soziale Belastung ausgleichen**

Aus den Einnahmen einer möglichen CO2 Steuer muss ein Ausgleich über einen Ökobonus als Direktzahlung an die privaten Haushalte finanziert werden. Das hilft den unteren Einkommen stärker als den oberen. Weiters kann ein „Mobilitäts-Bonus“ für den Kauf von Tickets des öffentlichen Verkehrs, und ein „Wohn-Bonus für Zuschüsse bei den Energiekosten positive Lenkungseffekte entfalten. Klimaschutz muss alle mitnehmen – egal welches Einkommen sie haben. Klimaschutz wird nur dann erfolgreich sein und Akzeptanz finden, wenn er einkommensschwächere Haushalte entlastet – und den Betroffenen nicht weitere Bürden auferlegt.

b) Digitaler Wandel

Digitalen Wandel inklusiv gestalten: Die Verbesserung der digitalen Infrastruktur und deren Zugänglichkeit ist eine der zentralen Herausforderungen der kommenden Jahre. Digitale Tools und digitale öffentliche Dienstleistungen müssen für alle Menschen zugänglich sein. Vielen fehlen allerdings nicht nur die notwendigen Endgeräte dazu, sondern auch die entsprechenden Kompetenzen. Es braucht gezielte politische Maßnahmen, um dem entgegenzuwirken und digitale Teilhabe für alle zu ermöglichen. Dazu gehört die niedrigschwellige Vermittlung von digitalen Kompetenzen, das Zur-Verfügung-Stellen der notwendigen Infrastruktur ebenso wie die Zugänglichkeit digitaler öffentlicher Dienstleistungen.

Konkrete Vorschläge:

- **Erarbeitung eines Referenzrahmens für digitale Kompetenzen**
- **Programme für digitale Basisbildung; Pilotprojekte zur niedrigschwelligen Unterstützung bei technischen Schwierigkeiten als Arbeitsmarktintegrationsprojekt (Vorbild 4everyoung)**
- **ReUse und Refurbishment von Endgeräten für benachteiligte Zielgruppen in Kombination mit Aus- und Weiterbildungsprogrammen (siehe REACT EU Projekt)**
- **Digitale öffentliche Dienstleistungen in einfache/nutzer*innenfreundliche Sprache übersetzen (Vorbild atempo)**
- **Niedrigschwellige Angebote zum Erlernen der Nutzung digitaler öffentlicher Dienstleistungen (z.B. eigene Trainer*innen, die beim AMS gemeinsam mit Nutzer*innen die Handysignatur einrichten); Vereinfachung digitaler öffentlicher Angebote (eAMS) unter Einbeziehung der Nutzer*innen, ...**

c) Sozialer und territorialer Zusammenhalt

Diese Leitlinie kann als Querschnittsmaterie betrachtet werden, die sich durch alle relevanten Bereiche zieht: Zusammenhalt und Solidarität sind Grundpfeiler einer demokratischen Gesellschaft, die im Sinne einer Risikogemeinschaft diejenigen Mitglieder besonders stärken sollen, die aufgrund eines niedrigeren sozioökonomischen Status, ungleichen Chancen zur Teilhabe an der Gesellschaft und/ oder aufgrund ihrer Herkunft benachteiligt sind. Um sozialen und territorialen Zusammenhalt vor allem im kleinstrukturierten Bereich zu fördern, benötigt es auch transparente Mittelzuteilung und klare Zuständigkeiten zwischen Bund und Ländern (auch auf diese Problematik verweist die EU seit Jahren). Auf der kommunalen Ebene ist es oftmals schwierig, gemeindeübergreifend zu arbeiten, einerseits weil Klein- und Mittelunternehmen mehr Ressourcen für die Arbeit in mehreren Gemeinden benötigen. Andererseits benötigen auch die Gemeinden Ressourcen, die sie Klein- und Mittelunternehmen personell zur Verfügung stellen können, um diese bestmöglich zu unterstützen und zu fördern um auch diesen Einrichtungen die Partizipation an EU Programmen zu ermöglichen.

Abseits der notwendigen technologischen Innovationen und der Verbesserung der digitalen Infrastruktur müssen in Zukunft auch soziale Innovationen stärker anerkannt und gefördert werden. Soziale Innovationen als wichtiger Treiber für gesellschaftlichen Fortschritt finden bis dato noch zu wenig Anerkennung in den meisten politischen Programmen. Die Sozialwirtschaft und soziale Organisationen finden oft sozial innovative Lösungen für die Bedürfnisse ihrer Zielgruppen und den Regionen, in denen sie tätig sind, etwa in der Erhaltung regionaler Infrastruktur. Sie sind deswegen wichtige Partner*innen, um sozial-ökologische Innovationen umzusetzen und sozial innovative Projekte breit zu skalieren.

Konkrete Vorschläge:

- **Lokale „innovation scouts“, die funktionierende Projekte in Regionen/Gemeinden identifizieren und in andere Regionen bringen/skalieren; Geht auch immer um soziale Erfindungen und Wiederentdeckungen**
- **Regionalen Zusammenhalt stärken durch Beteiligungsprozesse, in denen die Bedürfnisse erhoben werden**
- **Ressourcen für Klein- und Mittelbetriebe und Klarheit bezüglich der Zuständigkeiten in den Gemeinden**
- **Transparente Mittelvergabe und Ressourcenverteilung; Unterstützung und Förderung von KMU's; entsprechende personelle Ressourcen, um gemeindeübergreifendes Arbeiten zu erleichtern und Partizipation an EU-Programmen zu fördern ...**

d) Gesundheit und wirtschaftliche, soziale und institutionelle Resilienz, auch im Hinblick auf die Erhöhung der Krisenvorsorge und Krisenreaktionsfähigkeit

Krisenvorsorge und Krisenreaktionsfähigkeit sowie Resilienz benötigen einen präventiven Zugang. Das bedeutet, es müssen Maßnahmen ergriffen werden, die weiter in die Zukunft blicken, als eine Regierungsperiode. Es muss eine Sozialpolitik etabliert werden, die im volkswirtschaftlichen Sinne über viele Jahrzehnte hinaus plant. Viele finanziell aufwändige Einrichtungen (beispielsweise Unterbringungen) könnten durch bedachte und in die Zukunft blickende Präventionskonzepte verringert werden (z.B. Gewaltprävention). Dazu benötigt es ein Hinzuziehen von Expert*innen bei der Entwicklung von Programmen, gerechten Unterstützungs- und Finanzierungskonzepten sowie einen mutigen Zugang zu Investitionen in die Zukunft.

Des Weiteren ist Österreich säumig in der Ratifizierung der WSK-Rechte, die eine Grundlage für gesundheitliche, wirtschaftliche, soziale und institutionelle Resilienz darstellen.

Konkrete Vorschläge:

- **Präventive Konzepte entwickeln und unterstützen, Expert*innen zu Rate ziehen und mitgestalten lassen, regelmäßige Jour Fixe mit der Zivilgesellschaft zum Austausch bezüglich gesellschaftlicher Entwicklungen**
- **Unterstützung der Partizipation von kleinen Strukturen im städtischen und ländlichen Bereich**
- **Ratifizierung der WSK-Rechte**

e) Maßnahmen für die nächste Generation, Kinder- und Jugendliche, einschließlich Bildung und Kompetenzen

Diese Maßnahmen sollten in Abstimmung mit Expert*innen getroffen werden, kurz- mittel- und langfristige Elemente enthalten, wie in e) diskutiert. Die Europäische Kommission schlägt Österreich seit vielen Jahren in Folge nahezu dieselben Empfehlungen vor (bspw. CR 2019, 17f). Es soll hier darauf hingewiesen werden, dass in Österreich zumeist, insbesondere im Sozialen nur „einige Ergebnisse“, leider viel zu oft nur „begrenzte Ergebnisse“ festzustellen waren, wie am Beispiel: „Verbesserung der Bildungsergebnisse benachteiligter junger Menschen“ besonders auffällig ist.

Konkrete Vorschläge:

- **Maßnahmen zur Förderung der Chancengleichheit- und –gerechtigkeit im Bildungssystem (elementarpädagogischer bis tertiärer Bereich)**
- **Garantie eines mittleren Bildungsabschlusses für alle Kinder**
- **Chancenindex Schule: Unterstützung von „Brennpunktschulen“ mit empirisch**

erhobenem Chancenindex kombiniert mit Schulentwicklung. Mehr Ressourcen rund um die Schule, Schulassistenz, Sozialarbeit, Elternzusammenarbeit, Haltung Lehrende werden gehoben

- Stopp der Segregation von Kindern bei Schulwechsel vom primären in den sekundären Bereich
- Flächendeckender Ausbau von Schulsozialarbeit und Schulpsychologie
- Ausbau von Schnittstellen zwischen Schule und offener Jugendarbeit
- Unterstützungsangebote für Eltern in Bildungseinrichtungen
- Ausbau von muttersprachlichen Angeboten für Kinder mit Migrationshintergrund
- Finanzierung von Beratung im virtuellen Raum
- Überbetriebliche Lehrwerkstätten, Produktionsschulen ausbauen

2. Welche der länderspezifischen Empfehlungen, die Österreich in den Jahren 2019 und 2020 erhalten hat, sind die relevantesten und sollten im nationalen Aufbau- und Resilienzplan berücksichtigt werden?

A. Resilienz des Gesundheitssystems, öffentliche Gesundheit und Grundversorgung (CSR1 2020, CSR1 2019)

CSR1 2019: *Die Tragfähigkeit des Gesundheits- und Langzeitpflegesystems sowie des Pensionssystems auch durch die Anpassung des gesetzlichen Pensionsantrittsalters vor dem Hintergrund der voraussichtlich steigenden Lebenserwartung zu gewährleisten; die Finanzbeziehungen und Zuständigkeiten der verschiedenen staatlichen Ebenen zu vereinfachen und zu rationalisieren und die Finanzierungs- und Ausgabenverantwortlichkeiten anzugleichen.*

CSR1 2020: *Im Einklang mit der allgemeinen Ausweichklausel des Stabilität- und Wachstumspakts alle erforderlichen Maßnahmen ergreift, um die COVID-19-Pandemie wirksam zu bekämpfen, die Wirtschaft zu stützen und die darauffolgende Erholung zu fördern; wenn die wirtschaftlichen Bedingungen dies zulassen, eine Haushaltspolitik verfolgt, die darauf abzielt, mittelfristig eine vorsichtige Haushaltslage zu erreichen und die Schulden Tragfähigkeit zu gewährleisten, und gleichzeitig die Investitionen erhöht; die Resilienz des Gesundheitssystems verbessert, indem es die öffentliche Gesundheit und die Grundversorgung stärkt.*

Gesundheitssystem

Österreich verzeichnet eine psychiatrisch und therapeutisch massive Unterversorgung von Kindern und Jugendlichen aber auch Erwachsenen mit erheblichen volkswirtschaftlichen Auswirkungen, Menschen in Armut sind besonders betroffen. Auch ist auf die mangelhafte

Gesundheitsversorgung im ländlichen Bereich hinzuweisen, sowie auf die Korrelation mit CSR2 2019 und 2020, nämlich den Einfluss von sozioökonomischem Status und Bildungsabschluss auf die Inanspruchnahme von Behandlungen.

Es müssen gut zugängliche, leistbare Versorgungsmöglichkeiten sowie ein Rechtsanspruch darauf geschaffen werden. Die Gruppe der Kinder und Jugendlichen (somit auch deren Familien, insbesondere Frauen) hat unter der Pandemie besondere Einschränkungen in ihrem Alltagsleben erlebt, die Auswirkungen werden sich erst in den nächsten Jahren abbilden und der Zugang zu psychosozialen Angeboten muss dringend erleichtert werden. Kinder- und Jugendpsychiatrien haben einen enormen Zulauf erfahren und können die Klient*innen aufgrund mangelnder Ressourcen nicht entsprechend versorgen. Ähnlich verhält es sich mit der Fremdunterbringung von Kindern und Jugendlichen in entsprechenden sozialpädagogischen und –therapeutischen Einrichtungen.

Die Pandemie hat Familien besonders getroffen, dementsprechend müssen psychosoziale Unterstützungsmöglichkeiten ausgebaut werden und Familien ganzheitlich gedacht werden: es benötigt individuelle finanzielle Sicherheit, sowie gesundheitliche Versorgung auf allen Ebenen, psychosoziale Unterstützungsmöglichkeiten für von der Pandemie besonders betroffene Personengruppen, verstärkte Unterstützung im Bildungsbereich.

Konkrete Vorschläge:

- **Ausbau kostenloser bzw. leistbarer therapeutischer und psychiatrischer Angebote, Ausbau psychosozialer Angebote für Familien**
- **Kindergesundheit: Schließen der Therapie-Lücke. Zehntausende Kinder erhalten nicht die für sie notwendigen Therapien**
- **Primärversorgungszentren ausbauen mit sozialen Trägern. Gut und hilfreich wäre dabei eine Erweiterung auf gemeinnützige soziale Träger, damit der Public Health Gedanke aus Gesundheit, Soziales und Grätzelarbeit verwirklicht werden kann.**
- **Erleichterter Zugang zu präventiven Gesundheitsmaßnahmen wie Kuren etc., uneingeschränkter Zugang zu REHA-Maßnahmen (Personen mit multiplen Beeinträchtigungen sind derzeit wegen Betreuungsbedarf von Kuren ausgeschlossen)**

Weitere Infos und Details:

Diskussionspapier Armutskonferenz – Psychiatrische und therapeutische Versorgung:
http://www.armutskonferenz.at/files/armutskonferenz_diskussionspapier_therapeutische-versorgung_2020.pdf

Diskussionspapier Armutskonferenz – Weniger Barrieren und Lücken im Gesundheitssystem:
http://www.armutskonferenz.at/files/armutskonferenz_diskussionspapier_gesundheit_2020.pdf

Diskussionspapier Armutskonferenz – Pflege:
http://www.armutskonferenz.at/files/armutskonferenz_diskussionspapier_pflege_2020.pdf

B. Chancengleichheit im Bildungswesen und im vermehrten digitalen Lernen (CSR2 2020, CSR2 2019)

CSR2 2019: *Die Besteuerung von der Arbeit auf Quellen zu verlagern, die einem inklusiven und nachhaltigen Wachstum weniger abträglich sind; in fortgesetzter Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern die Vollzeitbeschäftigung von Frauen zu unterstützen, unter anderem durch verbesserte Kinderbetreuungsangebote, und die Arbeitsmarktergebnisse der Geringqualifizierten zu steigern; die Grundkompetenzen benachteiligter Gruppen, darunter Menschen mit Migrationshintergrund zu verbessern.*

CSR2 2020: *Chancengleichheit im Bildungswesen u. im vermehrten digitalen Lernen sicherstellen.*

Arbeitsmarktsituation von Frauen

Die Corona-Pandemie hat eine in der 2. Republik noch nie dagewesene Krise am Arbeitsmarkt ausgelöst, und Frauen sind besonders davon betroffen. Der Anstieg der Arbeitslosigkeit – insbesondere von Langzeitbeschäftigungslosigkeit – war bei Frauen höher als bei Männern. Gleichzeitig sind es insbesondere Frauen, die durch ihre oftmals prekäre Erwerbsarbeit Gesundheitsrisiken ausgesetzt sind, etwa in der Pflege oder im Handel. Homeschooling und verminderte Möglichkeiten zur Kinderbetreuung haben Familien unter Druck gebracht, und auch hier sind es hauptsächlich Frauen, die die zusätzliche Belastung durch Care-Arbeit übernehmen. Es gibt derzeit noch keine politische Antwort bzw. kein Maßnahmenpaket, um auf diese geschlechtsspezifischen Krisenfolgen zu reagieren. Eine solche wäre dringend notwendig.

Konkrete Vorschläge:

- **Angemessene Bezahlung von systemrelevanten Berufen**
- **Verbesserung der Arbeitsbedingungen im Sozialbereich, Gleichstellungspolitik fördern**
- **Überproportionale Förderung von Frauen im AMS Budget auf zumindest 50% anheben**
- **Unterhalt in Mindesthöhe altersgemäßer Regelbedarfs- bzw. Richtsätze auf Basis aktueller Kinderkosten**
- **Ausweitung des Unterhaltsvorschusses, insbesondere der Altersgrenze bis zum Ausbildungsende**

Basiskompetenzen

Die Förderung von Basiskompetenzen ist zentral, um einen nachhaltigen und inklusiven Arbeitsmarkt zu gestalten. Menschen mit geringer formaler Bildung sind besonders stark von der Krise betroffen. Die „Corona-Joboffensive“ wird seit Anfang 2021 umgesetzt und fördert Aus- und Weiterbildung in Zukunftsbranchen wie Care-Arbeit, IT/Digitalisierung und Ökologie für 100.000 Menschen. Wesentlich wird es aber sein sicherzustellen, dass das Programm insbesondere Personen zur Verfügung steht, die es am dringendsten brauchen und vulnerablen Zielgruppen eine Perspektive bietet.

Konkrete Vorschläge:

- **Ausweitung/Spezifizierung der Corona-Joboffensive für Niedrigqualifizierte, digitale Basisbildung, ...**

Chancengleichheit im Bildungswesen und im vermehrten digitalen Lernen

Die Europäische Kommission kritisiert seit vielen Jahren: Das Österreichische Bildungssystem ist ausgesprochen segregierend, die Aufstiegschancen stark vom Bildungsweg und der Herkunft der Eltern abhängig, die Mittelzuteilung im Bildungsbereich ist intransparent (siehe IHS-Analyse von 2012) und es besteht ein starkes Stadt- Land-Gefälle: elementarpädagogische Versäumnisse sind vor allem im ländlichen Bereich zu verorten (Überschneidung mit Gender Pay Gap und Arbeitsmöglichkeiten für Frauen, CSR2 seit vielen Jahren). Die Versäumnisse im Schulbereich betreffen die mangelnde und intransparente Mittelzuteilung an Schulen in Ballungsräumen mit hohem Anteil von Gruppen mit niedrigem sozioökonomischen Status und/oder hohem Migrationsanteil. Das Schulsystem ist in sich geschlossen und leidet daher unter extremem Mangel an psychosozialen Unterstützungsangeboten.

Im Bereich des digitalen Lernens wurde im Rahmen der Pandemie besonders sichtbar, welche Auswirkung der sozioökonomische Hintergrund der Familien auf die Bildungschancen der Kinder hat und, dass die Digitalisierung und ein chancengerechter Zugang zu Bildung nicht voneinander getrennt betrachtet werden können.

Konkrete Vorschläge (wie f):

- **Maßnahmen zur Förderung der Chancengleichheit- und –gerechtigkeit im Bildungssystem (elementarpädagogischer bis tertiärer Bereich)**
- **Garantie eines mittleren Bildungsabschlusses für alle Kinder**
- **Chancenindex Schule: Unterstützung von „Brennpunktschulen“ mit empirisch erhobenem Chancenindex kombiniert mit Schulentwicklung. Mehr Ressourcen rund um die Schule, Schulassistenz, Sozialarbeit, Elternzusammenarbeit, Weiterbildung von Lehrpersonal**
- **Stopp der Segregation von Kindern bei Schulwechsel vom primären in den sekundären Bereich**
- **Flächendeckender Ausbau von Schulsozialarbeit und Schulpsychologie**
- **Ausbau von Schnittstellen zwischen Schule und offener Jugendarbeit**
- **Unterstützungsangebote für Eltern in Bildungseinrichtungen**
- **Ausbau von muttersprachlichen Angeboten für Kinder mit Migrationshintergrund**
- **Finanzierung von Beratung im virtuellen Raum, ...**

Weitere Infos und Details:

Diskussionspapier Armutskonferenz – Bildung

http://www.armutskonferenz.at/files/armutskonferenz_diskussionspapier_bildung_2020.pdf

Diskussionspapier Armutskonferenz – Kinderarmut bekämpfen

http://www.armutskonferenz.at/files/armutskonferenz_diskussionspapier_kinderarmut_2020.pdf

KONTAKT

Die Armutskonferenz

Herklotzgasse 21/3

1150 Wien

0043-1-4026944

office@armutskonferenz.at